



BERND RÜTZEL

Neue Reihe:
RENTEN-FAKTEN
auf Seite 3!

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER MÄRZ 2026

BERND RÜTZEL

Mitglied des
Deutschen Bundestages

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreise:

Aschaffenburg und Würzburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLICK:



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

am 8. März sind Kommunalwahlen. Wahlen, die jeden und jede angehen: sei es das Schwimmbad um die Ecke, Kinderbetreuung, Schulen, Wasserver- und Abwasserentsorgung, Wohnen, Kultur, Einkaufen, Parkplätze, ärztliche Versorgung, Jugendtreffs — um nur einige aufzuzählen. Im Ort spielt das Leben, hier sind die Menschen zu Hause. Wie es hier aussieht und wie es weitergeht, können Sie mit Ihrer Stimme wählen. Der SPD geht es darum, dass wir zusammenhalten, dass wir uns nicht auseinandertreiben lassen, dass Infrastruktur zukunftsfähig ist, damit auch die heute Jungen sie in 20 Jahren noch nutzen können, dass Bus und Bahn fahren, dass es genug Wohnraum gibt, der auch bezahlbar ist, dass Arbeitsplätze da sind, dass Menschen gut versorgt werden, wenn sie krank sind oder alt und pflegebedürftig. Ich will die nächsten sechs Jahre weiter als Stadtrat in Gemünden und im Kreistag Main-Spessart anpacken. Dafür bin ich sehr viel unterwegs, klinge an Haustüren und stehe an Infoständen.

Ich freue mich über
jede Unterstützung.

Gehen Sie wählen
und entscheiden Sie
richtig!

Ihr/Euer

BERND RÜTZEL

Mitglied des
Deutschen
Bundestages

Mitglied des
Kreistages
Main-Spessart

Stadtrat
Gemünden

8.3.2026
Ich bitte
um Ihre
Stimme

STADTRAT Liste 5, Platz 4

KREISTAG Liste 5, Platz 6



4



Sozialstaat

8



Lärmschutz Gemünden

KLARTEXT

WOZU BRAUCHT ES NOCH DIE SPD?



Konservative Medien (zuletzt die FAZ) stellen die Frage: Wozu braucht es noch die SPD? Für mich ist die Antwort klar: Sie ist die einzige Partei, die solidarisch an der Seite der Arbeitnehmer steht.

Das Ziel der medialen Kampagne ist klar: Die SPD ist bei den „Reformen“ des Sozialstaats im Weg. Also muss sie klein gemacht werden. Freie Fahrt für alle, die den Sozialstaat abbauen wollen. Unterschwellig wird dabei die These transportiert, dass die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen bei CDU und AfD besser aufgehoben seien. Also ausgerechnet den Parteien, die Geringverdienenden mit ihren Vorschlägen in die Tasche greifen — um es am Ende den Reichen zu geben.

Denkt man den Gedanken weiter, dann wäre es im Interesse der Arbeitnehmer:

- dass sie ihren Zahnarztbesuch künftig selbst bezahlen, damit man Armut wieder an den Zähnen erkennen kann?
- dass, wenn man zum Arzt muss, ein Eintrittsgeld bezahlen darf, um überhaupt vorgelassen zu werden?
- dass die Mitversicherung von Ehepartnern mit geringem Einkommen abgeschafft gehört?
- dass höhere Patientenzuzahlungen endlich eingeführt werden müssen?
- dass bei der Pflegeversicherung künftig gespart wird und der Eigenanteil deutlich erhöht wird? Damit

eine ordentliche Absicherung unbedingt privat durch Zusatzversicherungen erfolgen muss?

- dass „Life-Style-Teilzeit“ abgeschafft wird?
- dass man bis 70, 72 Jahren arbeitet, bevor man in Rente gehen darf?
- dass ein Rentenniveau von 48 Prozent nicht garantiert wird? Weil die Finanzlobby das empfiehlt und alle lieber privat in Aktien investieren sollen?
- dass, wenn man unverschuldet arbeitslos wird, das Arbeitslosengeld gekürzt wird?
- dass der 8-Stunden Tag abgeschafft wird und man wieder 12 Stunden am Tag arbeiten darf?
- dass aber unbedingt stattdessen die Einkommensschwelle für den Spitzensteuersatz erhöht wird? Denn Gutverdiener sollten nun wirklich keinen Solidaritätszuschlag mehr zahlen müssen!
- und natürlich, dass extrem hohe Erbschaften weiterhin geringer besteuert werden als kleine Erben?

Das alles soll den Beifall der Arbeitnehmer finden, wenn man die Argumentationskette der konservativen Medien konsequent zu Ende denkt? Also: Wenn an die Reichen gedacht ist, ist an alle gedacht? Wozu braucht man da noch die SPD?

Das alles wollen die Menschen natürlich nicht. Deshalb wird die SPD gebraucht. Denn sie steht dafür ein, dass schwer errungene Rechte nicht geschliffen werden.



Geralt @pixabay

SOCIAL MEDIA

FÜR KINDER SICHERER MACHEN

Fachpolitiker der SPD haben ihre Vorschläge für die Social Media Nutzung von Kindern und Jugendlichen vorgelegt. Kinder und Jugendliche müssen an die Nutzung herangeführt werden und sich der Risiken bewusst sein. Instagram, Tiktok und Co. können spannend, informativ und unterhaltsam sein. Sie ermöglichen politische Teilhabe, neue Formen gesellschaftlicher Mobilisierung, machen demokratische Prozesse transparenter. Aber sie bergen auch

Risiken: Suchtgefahr, Mobbing, sozialer Druck, Hetze und Falschinformationen. Problematisch ist nicht die Nutzung sozialer Medien, sondern Algorithmen und Geschäftsmodelle, die auf die Maximierung von Aufmerksamkeit zielen. Algorithmische Empfehlungssysteme entfalten ein großes Suchtpotenzial. Um Kinder und Jugendliche besser zu schützen, schlagen wir diese Regeln vor:

- Für Kinder bis 14 Jahre gilt ein vollständiges Verbot der Nutzung von Social-Media-Plattformen.
- Bis 16 Jahre soll eine Jugendversion gelten, u.a. ohne algorithmisch gesteuerte Feeds oder Empfehlungssysteme, keine personalisierte Inhaltsauspielung, kein automatisches Abspielen von Inhalten.
- Für Jugendliche ab 16 Jahren und Erwachsene sollen algorithmische Empfehlungssysteme standardmäßig deaktiviert sein (Opt-in-Modell).

In der Verantwortung stehen die Plattformen, die ihr Geschäftsmodell anpassen müssen. ► **HIER** ◀ gibt es dazu mehr Infos.

NEUE REIHE!

RENTEN-FAKTEN Teil II

Mit der großen Rentenreform von 1957 wurde die gesetzliche Rentenversicherung grundlegend neugestaltet. Denn nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sie ihre Rücklagen verloren. Von den großen Volksparteien CDU/CSU und SPD wurde gemeinsam die Grundsatzentscheidung getroffen, die Alterssicherung künftig über ein Umlageverfahren zu organisieren: Die jeweils erwerbsaktive Generation sichert über paritätisch finanzierte Beiträge von

Beschäftigten und Arbeitgebern den großen Teil der Einnahmen, ergänzt durch Bundeszuschüsse aus Steuermitteln. Der Grundkonsens war: Die Menschen sollen auch im Alter am Wohlstandszuwachs der Volkswirtschaft teilhaben. Diese Entscheidung erfolgte damals schon in dem Bewusstsein, dass sich die Alterspyramide der Bevölkerung ändert, durch Produktivitätssteigerungen ein verändertes (Zahlen-)Verhältnis von Menschen im Erwerbs- und im Rentenalter aber ausgeglichen wird.



Moni_5 @pixabay

SOZIALSTAAT

BERICHT DER KOMMISSION

Ein funktionierender Sozialstaat muss zeitgemäß, gerecht und so ausgestaltet sein, dass er den Alltag der Menschen leichter macht. Wir haben uns vorgenommen, bei der anstehenden Reform mutig zu sein und ein großes Rad zu drehen. Der Abschlussbericht der von Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas eingesetzten Sozialstaatsreformkommission ist ein guter Aufschlag, wie wir Staat und Verwaltung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger modernisieren können.

Der deutsche Sozialstaat ist eine der großen Errungenschaften unserer Demokratie. Er sichert das Existenzminimum, ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und schafft Vertrauen in den Staat. Gleichzeitig ist er in vielen Bereichen zu komplex geworden. Genau hier setzt der Abschlussbericht an: mit einer umfassenden Reform der Sozialleistungen, die Bürokratie abbaut, Verfahren beschleunigt und den Staat konsequent vom Menschen her denkt.

Leistungen bündeln, Wege verkürzen

Künftig sollen zentrale Leistungen wie Grundsicherung, Wohngeld und Kinderzuschlag in einem einheitlichen System zusammengeführt werden. Damit wird Schluss gemacht mit häufigen Behördenwech-

seln, doppelten Prüfungen und unklaren Zuständigkeiten: Unterstützung „aus einem Guss“!

Arbeit soll sich lohnen

– Unterstützung bleibt verlässlich

Die Kommission macht zugleich deutlich: Ein moderner Sozialstaat muss soziale Sicherheit und gute Arbeitsanreize verbinden. Mehrarbeit soll sich künftig spürbar lohnen.

Weniger Bürokratie, mehr Vertrauen

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Rechtsvereinfachung: Einheitliche Begriffe, stärkere Pauschalierungen, längere Bewilligungszeiträume und Bagatellgrenzen sollen den Verwaltungsaufwand deutlich reduzieren. Leistungen wie Kindergeld sollen künftig automatisch ausgezahlt werden.

Der Sozialstaat muss den Menschen dienen.

**Nicht umgekehrt. Unser Ziel ist ein System,
das verständlich ist, schnell hilft und
niemanden zurücklässt.**

Ein großer Wurf – gemeinsam getragen

Besonders hervorzuheben ist der breite Konsens innerhalb der Kommission. Vertreterinnen und Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen haben gemeinsam einen ambitionierten Reformvorschlag erarbeitet – ohne Sondervoten. Das ist ein starkes Signal der Handlungsfähigkeit des Staates.

Nächste Schritte

Die Bundesregierung prüft nun zügig die Empfehlungen des Abschlussberichts. Ziel ist es, noch in dieser Legislatur mit der Umsetzung zu beginnen und erste Gesetze auf den Weg zu bringen.

► **HIER** ◀ gibt es dazu mehr Infos.

BERLIN

RED HAND DAY



Büro Rützel

Jedes Jahr am 12. Februar setzen Menschen mit dem RedHandDay weltweit ein Zeichen gegen den Einsatz von Kindersoldaten – so auch wir im Deutschen Bundestag. Weltweit werden Kinder gezwungen, an bewaffneten Konflikten teilzunehmen. Die rote Hand steht für ein klares NEIN zu Gewalt, Zwang und Missbrauch von Kindern in bewaffneten Konflikten. Kinder gehören in die Schule, nicht in den Krieg!

OB RENTE ...

Pünktlich zum Parteitag hat sich die CDU auf unseren Sozialstaat eingeschossen. Es kamen immer neue Forderungen, wie die der Jungen Union: Sie fordert die Abschaffung der Rente mit 63, Rentenerhöhungen künftig nur noch nach Inflation statt nach Löhnen – und höhere Rentenbeiträge für Kinderlose. Zu letzterem wurde ich von der BILD befragt. Meine Meinung dazu ist klar. Kinderlosigkeit hat viele Gründe – soll das nun bestraft werden? Den Artikel gibt's mit Klick auf das Vorschau-BILD:



Hey_



Vorsitzenden des Arbeits- und Sozialausschusses im Bundestag und SPD-Rentenexperten Bernd Rützel (57). Er zu BILD: „Die Rentenpläne der CDU sind praxisfremd.“ Rützel macht klar: „Für mich ist das respektlos und ich hoffe, dass diese Pläne der Union schnell wieder verschwinden.“



Bernd Rützel (57, SPD) erteilt dem JU-Vorstoß eine klare Absage

Foto: picture alliance / dts-Agentur

... ODER „LIFESTYLE-TEILZEIT“

Frankfurter Rundschau

Merz sagt der Work-Life-Balance den Kampf an – SPD-Sozialpolitiker widerspricht „deutlich“



Fotos anklicken, um zu den Artikeln zu gelangen.

RIDER IM BUNDESTAG



Büro Rützel

Bereits Ende Januar waren die Rider bei uns im Deutschen Bundestag: Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer, die für digitale Essenslieferplattformen, arbeiten – oft unter Arbeitsbedingungen, die durch unsichere Beschäftigungsverhältnisse, befristete Verträge und niedrige Vergütungen charakterisiert sind. Was als flexible, moderne Arbeitswelt verkauft wird, ist in Wahrheit ein sehr eng getaktetes

System digitaler Kontrolle. Hinzu kommt ein Dickicht an undurchsichtigen Strukturen und Subunternehmenschaften, gekennzeichnet durch fehlende Mitbestimmung und Arbeitsrechte, dafür Ausbeutung, Schwarzarbeit und Hinterziehung von Steuern und Sozialabgaben. Alles zu Lasten der Rider. Das kann so nicht bleiben. Deshalb wollen wir als SPD ein Direktanstellungsgebot für bessere Arbeitsbedingungen.

► **HIER** ◀ geht es noch einmal zu meiner kompletten Rede vom 29.01.2026 zum Thema

TAGESAKTUELL INFORMIERT AUS BERLIN UND MEINEM WAHLKREIS:



ZAHL DES MONATS

24

Prozent der Befragten einer Umfrage von infratest dimap für den ARD-Deutschlandtrend Anfang Februar trauen der SPD am ehesten zu, für soziale Sicherheit zu sorgen. Das ist der mit Abstand höchste Kompetenzwert im Vergleich der Parteien, aber für mich natürlich immer noch viel zu niedrig. Aktuell erleben wir, wie CDU/CSU Arbeitnehmer und den Sozialstaat angreifen (Lifestyle-Teilzeit, Arbeitszeit, Zahnbehandlungen, Krankschreibung, Rentenkürzung, späterer Renteneintritt, ...).

Sie bläst damit übrigens ins Horn der extremen Rechten, die — auch wenn das viele nicht wahrhaben wollen — das genauso sehen. Die SPD steht seit über 160 Jahren an Seite der Arbeitnehmer in diesem Land. Und daran wird sich auch nichts ändern. Übrigens sagen in der gleichen Umfrage 62 Prozent der Befragten, in Deutschland gehe es aktuell eher ungerecht zu. Als Grund für dieses Ungerechtigkeitsempfinden wird mit 35 Prozent am häufigsten die Schere zwischen Arm und Reich genannt. CDU/CSU und AfD stehen genau für diese Politik — für Arbeitnehmer daher auf allen Ebene nicht wählbar!



Julia Nowak, Deutscher Bundestag

ARBEIT & SOZIALES

EU-LIEFERKETTENGESETZ

Seit nunmehr 10 Newslettern informiere ich über meine „Berichterstattungen“: Themen, für die ich innerhalb der SPD-Fraktion zuständig bin und über die ich meinen Kolleginnen und Kollegen als zuständiger Fachmann „berichte“.

Heute geht es um das EU-Lieferkettengesetz:

Das EU-Lieferkettengesetz ist momentan ein sehr schwieriges Thema. Umso wichtiger ist es, dass wir gemeinsam aufpassen und gegensteuern. Die Konservativen haben in Europa gemeinsam mit Rechtsextremen das europäische Lieferkettengesetz stark geschwächt. Statt eines starken Schutz- und Verantwortungsrahmens für Menschenrechte und Umwelt wird so aus einer zukunftsweisenden Idee ein Papier-tiger. Die Gesetzgebung zu Lieferketten sollte ein klares Signal gegen Kinder- und Zwangsarbeit, für saubere Umweltstandards und faire Wettbewerbsbedingungen in unseren globalen Lieferketten sein. Doch die jüngsten Entscheidungen auf EU-Ebene sorgen dafür, dass der Anwendungsbereich nur noch die größten Konzerne erfasst und zentrale Anforderungen an die Unternehmen deutlich abgespeckt wurden.

Für die SPD ist klar: Menschenrechte und Umweltschutz müssen immer beachtet werden, nicht nur nach Konjunkturlage. Deshalb kämpfe ich im dagegen, dass wir diese Abschwächung übernehmen. Und gemeinsam mit meinen europäischen Kolleginnen und Kollegen kämpfe ich für einen europäischen Rechtsrahmen, der die Beachtung von Menschenrechten wirklich verbessert. Denn unsere Verantwortung endet nicht am eigenen Werkstor.

Meine Berichterstattungen in A&S:

- ☒ Mindestlohn
- ☒ Rente
- ☒ Kooperation der Sozialversicherungsträger
- ☒ Soziale Selbstverwaltung
- ☒ SGB IV (gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung)
- ☒ Sozialwahlen
- ☒ Europäischer Sozialversicherungsausweis
- ☒ Entsendung, Entsenderichtlinie und Arbeitnehmerentsendegesetz
- ☒ Europäische Sozialversicherungsabkommen
- ☒ EU-Lieferkettengesetz
- ☐ Bundestariftreuegesetz, Allgemeinverbindlichkeit und Tariftreue
- ☐ Sozialkassenverfahren
- ☐ Kirchliches Arbeitsrecht
- ☐ Körperlich belastende Berufe
- ☐ Kurier-, Express- und Paketdienstbranche



Analogicus@pixabay

INFRASTRUKTUR

BESSER SCHÜTZEN

Wir müssen unsere kritische Infrastruktur besser schützen. Dafür schaffen wir nun erstmalig einen bundesweit einheitlichen Rahmen. Wichtige Versorgungsunternehmen, z.B. für Energie- und Wasserversorgung, Verkehr, Gesundheit und Finanzen, müssen künftig ihre Anlagen besser vor Gefahren wie Naturkatastrophen, Sabotage oder Terrorismus schützen. Dazu gehört u.a. die Pflicht zu technischen Sicherungen, etwa durch Zäune oder Alarmanlagen, zur Errichtung einer Notstromversorgung und zur Absicherung von Lieferketten. Schwere Störfälle müssen dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) gemeldet werden. Klingt selbstverständlich, ist es aber bislang nicht!

Wir müssen zudem die bestehenden Informations-, Transparenz- und Veröffentlichungspflichten für KRITIS-Betreiber überprüfen und gegebenenfalls anpassen. Denn zu viel Transparenz kann uns auch gefährden. Mit der Veröffentlichung von sensiblen Infrastrukturinformationen können Ausspähungsversuche, Sabotageakte oder Anschläge erleichtert und ermöglicht werden.



Bernd Rützel

LÄRMSANIERUNG

RUND UM GEMÜNDEN

Der Lärmschutz an den Schienenwegen in und um Gemünden ist ein Thema, das ständig aktuell ist, ewig auf der Stelle zu treten scheint und das ich immer und immer wieder in Berlin anspreche, damit es voran geht. Jetzt gibt es auf meine Anfrage hin einen neuen Sachstand von der DB: Im Teilbereich Gemünden Ost soll im Frühjahr 2027 mit der Errichtung einer Schallschutzwand begonnen werden. Die weiteren Arbeiten erfordern Streckensperrungen. Sie sind dann ab Februar 2028 vorgesehen. Unkonkreter wird es im Bereich Gemünden West. Hier kann die Bahn noch gar keine verbindlichen Aussagen treffen, weil die notwendigen Streckensperrungen erhebliche Auswirkungen auf den Zugverkehr hätten, was nationale und internationale Abstimmungen erforderlich mache.

Paradox ist, dass die Lärmschutzmaßnahmen gerade wegen der starken Befahrung in unserer Region – sie gehören zu den meistbefahrenen in ganz Deutschland mit Spitzenwerten bei den Lärmmessungen – so lange auf sich warten lassen.

Ich bleibe dran. Die ganze Pressemitteilung gibt es

► **HIER** ◄



TARIFTREUE

GESETZ GEGEN LOHNDUMPING

Der Bundestag hat Ende Februar einen überfälligen Grundsatz beschlossen: Der Staat darf kein Lohndumping finanzieren. Mit dem Bundestariftreuegesetz setzt die SPD durch, was selbstverständlich sein sollte – aber lange blockiert wurde. Ab jetzt gilt: Bundesaufträge gibt es grundsätzlich nur noch für Unternehmen, die Tariflohn zahlen. Wer für den Staat arbeitet, spielt nach den Regeln der Fairness. Jahrelang konnten sich manche Anbieter Aufträge sichern, indem sie Beschäftigte schlechter bezahlten als tarifgebundene Betriebe. Das war kein Wettbewerb – das war ein Wettlauf nach unten. Diesen Wettlauf beenden wir. Das ist umso wichtiger, als wir in den nächsten Jahren viele Aufträge vergeben werden. Denn wir investieren so viel Geld wie noch nie, um unser Land zu modernisieren: 500 Milliarden Euro zusätzlich für Schulen und Kitas, Kliniken, bezahlbare Wohnungen, intakte Schienen und Straßen, Digitalisierung und Klimaschutz. Der Staat setzt damit einen neuen Maßstab: Qualität statt Ramsch, Verantwortung statt Ausbeutung, Tarif statt Tricksen. Das Bundestariftreuegesetz ist eine klare Ansage: Öffentliche Aufträge gehören denen, die ordentlich zahlen. **Meine Rede dazu gibt es mit Klick auf das Foto oben!**



ZUGBEGLEITER

FREISTAAT MUSS MEHR TUN

Der gewaltsame Tod eines Zugbegleiters hat bundesweit Entsetzen ausgelöst. Tatsächlich nimmt die Gewalt gegen Bahnpersonal seit Jahren zu: 82 Prozent der Zugbegleiterinnen und Zugbegleiter haben bereits körperliche oder verbale Angriffe erlebt. Daher fordert die BayernSPD, Zugbegleiter in Bayern künftig nur noch in Doppelschichten einzusetzen.

Der für den Nahverkehr auf der Schiene zuständige Freistaat soll nach Vorstellungen der SPD bei Ausschreibungen künftig eine personelle Doppelbesetzung vorschreiben. An der Sicherheit darf nicht länger gespart werden.

Die Länder können in den Ausschreibungen für den Nahverkehr nicht nur festlegen, auf welchen Strecken wie viele Züge fahren, sondern auch, welchen Stellenwert die Sicherheit hat. Aus Kostengründen wird häufig nur eine Mindestzahl an Personal eingesetzt. Besonders betroffen sind Regionalbahnen, in denen rund die Hälfte aller Angriffe auf Bahnpersonal stattfindet. Eine verpflichtende Doppelbesetzung bei der Zugbegleitung, insbesondere bei Nachtfahrten oder auf Strecken mit erhöhtem Sicherheitsrisiko, würde das Risiko von Gewalttaten deutlich senken.



Büro Rützel

BA-GESPRÄCH

MIT ANDREA NAHLES

Mit der Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit (BA), Andrea Nahles, habe ich über den Arbeitsmarkt gesprochen, der derzeit wenig Dynamik aufzeigt. Die Zahl der Arbeitslosen lag im Januar bei 3,085 Millionen. Saisonale Gründe bedingen die Zahl, wie beispielsweise auslaufende befristete Arbeitsverträge und gedrosselte witterungsbedingte Beschäftigung in Branchen wie Bau, Landwirtschaft und Tourismus oder aufgeschobene Neueinstellungen zum Jahreswechsel. Saisonbereinigt bleibt die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vormonat unverändert. In Europa haben nur Polen, Malta und Tschechien eine niedrigere Arbeitslosenquote. Mittelfristig ist und bleibt der Fachkräftemangel aber unser größtes Problem. Daher ist es wichtig, dass wir aktive Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung, wie z.B. berufliche Weiterbildung, Umschulung und Integrationshilfen für Menschen mit Behinderungen, finanziell gut ausstatten. So verhindern wir die Verfestigung von Arbeitslosigkeit. Und: Wir müssen die Mobilität auf dem Arbeitsmarkt steigern und dazu die Themen Wohnungs- und Arbeitsmarkt zusammenbringen. Das betrifft auch den Ausbildungsmarkt.



privat

KI & GUTE ARBEIT

HANS-BÖCKLER-STIFTUNG

Zuhören und Austauschen beim Neujahrsempfang der Hans-Böckler-Stiftung in Berlin: Unter dem Motto „Gerechte KI. Gute Arbeit.“ kamen alle zusammen, denen die Gewerkschaften am Herzen liegen. Als Vorsitzender des Ausschuss für Arbeit und Soziales war ich deswegen selbstverständlich auch dabei. KI revolutioniert unsere Arbeitswelt. Zum Guten oder Schlechten müssen wir entscheiden. Dabei spielen Fragen des Daten- und des Arbeitsschutzes eine wichtige Rolle. Denn nur wenn die technischen Vorteile alle entlasten, können wir von gerechter KI sprechen. Gemeinsam haben wir das im Blick.

LESE-EMPFEHLUNG

Die Beschlüsse der SPD-Bundestagsfraktion auf der Jahresauftaktklausur 2026 gibt es jetzt in einem PDF zum Nachlesen:

Zusammen ist unsere Stärke.

Beschlusspapier der SPD-Bundestagsfraktion – zur Jahresauftaktklausur im Januar 2026



SPD Fraktion im Bundestag

**Für Unternehmen
in MSP: 44,2 Mio €
in MIL: 35,3 Mio €**

**Für Private Kunden
in MSP: 40,0 Mio €
in MIL: 38,5 Mio €**

**KfW-Förderung
im Jahr 2025**

BERND RÜTZEL
sozial - kompetent - nah

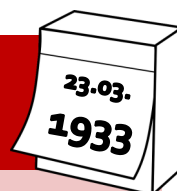
KFW-FÖRDERUNG

GELD FÜR DIE REGION

Vor wenigen Tagen hat mich die Jahresbilanz der KfW-Förderung für meinen Wahlkreis MSP/MIL erreicht. Es freut mich sehr, dass im Jahr 2025 wieder zahlreiche Privatleute, Unternehmen und Kommunen in den Landkreisen Main-Spessart und Miltenberg von der KfW-Bankengruppe unterstützt wurden. Insgesamt flossen 158,8 Millionen Euro in die beiden Landkreise und wurden für Sanierungsmaßnahmen, Digitalisierung in Unternehmen, Wohnungsbau und insbesondere energetische Verbesserungen genutzt.

Es zeigt sich: Die KfW Bankengruppe ist weiterhin ein wichtiger Partner, wenn es um die Finanzierung von Wohneigentum aber insbesondere auch Sanierungsmaßnahmen und Heizungsumrüstung geht.

KALENDERBLATT



OTTO WELS UND „DIE MUTIGSTE REDE, DIE JE IN EINEM DEUTSCHEN PARLAMENT GEHALTEN WURDE“

„Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“ Mit diesen Worten begründete Otto Wels am 23. März 1933 das „Nein“ der Sozialdemokraten zum Ermächtigungsgesetz, das einen Tag später verabschiedet werden sollte. Von den 94 Sozialdemokraten, die geschlossen und als einzige Partei gegen das Ermächtigungsgesetz stimmten, bezahlten 24 mit ihrem Leben.

Die Abstimmung fand in der Kroll-Oper statt, die aufgrund des Reichstagsbrands als Provisorium diente und von der SS abgesperrt wurde. Abgeordnete der SPD gingen unter Beschimpfungen von Nationalsozialisten ins Gebäude. Im Innern waren an den Ausgängen und Plätzen der Sozialdemokraten die schwerbewaffneten Mitglieder der SS und SA positioniert, über dem Podium trumpfte eine riesige Hakenkreuzflagge. Hitler wurde für seine erste Rede vorm Reichstag bejubelt, anschließend trugen die Vorsitzenden der Parteien ihre Begründungen zur Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz vor. Das Gesetz und die nationalsozialistische Diktatur unter Hitler waren längst nicht mehr aufzuhalten, die Machtverhältnisse eindeutig – in dieser Situation trat Otto Wels ans Rednerpult. Es sind die letzten freien Worte, die für 13 Jahre in einem deutschen Parlament erklingen sollten: ▶ **HIER** ◀ anhören, ▶ **HIER** ◀ die FES-Festschrift von Heinrich August Winckler zum 80. Jubiläum lesen!

VOR ORT

POLIZEIPRÄSIDIUM UNTERFRANKEN



Büro Rützel

Mitte Februar war ich zum Gespräch mit Unterfrankens Polizeipräsident Detlev Tolle (li.) und meinem Kollegen aus dem SPD-Bezirksvorstand Stefan Adamski in Würzburg. Rund 3.000 uniformierte und zivile Mitarbeiter der unterfränkischen Polizei sorgen sich um unsere Sicherheit vom Untermain über Mainfranken bis in die Region Main-Rhön.

ST. PETER UND PAUL GEMÜNDEN

Seit vielen Jahren arbeite ich dafür, dass St. Peter und Paul saniert wird. Nun hat man sich für das aktuelle Denkmalschutzprogramm des Bundes beworben. Wie auch schon bei anderen Projekten in diesem Bereich unterstütze und begleite ich das Vorhaben sehr gerne. Gemeinsam mit Pfarrer Johannes Werst und Kirchenpfleger Heinrich Hartmann habe ich mir alles angeschaut und mich über den Bewerbungsprozess informiert.



Büro Rützel

ZITAT DES MONATS

„Die AfD ist der verlängerte Arm von Putin im Deutschen Bundestag! Wir aber stehen klar hinter der Ukraine!“

Lars Klingbeil

SPD-Parteivorsitzender, auf dem traditionellen Politischen Aschermittwoch der BayernSPD in Vilshofen

BEI GERRESHEIMER IN LOHR

Anfang Februar war ich mit Marc Nötscher, Stadtrat, SPD-Bürgermeisterkandidat und Vorsitzender der SPD Lohr, sowie Stadträtin Ruth Steger zum Infogespräch mit Bertold Künzinger, Geschäftsführer der Künzinger Gruppe, am Lohrer Gerresheimer Werk. Mit dabei waren auch Michael Tinnacher, Werksleiter bei der Gerresheimer Lohr, Matthias Heidenfelder, Leiter Produktionsplanung / Logistik / Verpackung bei Gerresheimer Lohr und der Betriebsratsvorsitzende Harald Merz.

Die Künzinger Gruppe erbringt seit 30 Jahren Dienstleistungen für die Glashütte – wie Produktion, Glasveredelung und Verpackung – und hat Ende vergangenen Jahres damit begonnen, ihr Engagement in Lohr auf neue Beine zu stellen. Dazu wurde die letzte große Freifläche im Lohrer Industriegebiet Süd von der Stadt gekauft, um hier eine Logistik- und Pro-

duktionshalle sowie ein Bürotrakt zu bauen. „Kurze Wege“ ist das Stichwort, denn derzeit wird etwa die Hälfte der in der Lohrer Glashütte produzierten Ware in weiter entfernte Lager transportiert. Eine direkte Verbindung der aneinander gegenüber liegenden Areale vom Gerresheimer-Werk zum künftigen Künzinger-Standort ist ein großer Wunsch beider Unternehmen. Dazwischen liegt allerdings der Bahndamm der ehemaligen Gleisstrecke nach Marktheidenfeld. Wir haben uns die Situation vor Ort angeschaut und über Möglichkeiten einer direkten Verbindung ausgetauscht.

POLITISCHER ASCHERMITTWOCH

... der MSP-SPD im „Schönbrunnen“ in Lohr: Kämpferische Stimmung, tolle Beiträge unserer Landratskandidatin Pamela Nembach und unserer Kandidierenden für die Bürgermeisterämter in den Orten. Mich haben vor allem die vielen guten Gespräche und das leckere Essen begeistert. Klasse Veranstaltung! ► **HIER** ◀ der Artikel dazu im Mainecho



Büro Rützel



Bernd Rützel | privat

BAHNHOF GEMÜNDEN

Der barrierefreie Ausbau des Bahnhofs Gemünden läuft. Davon überzeuge ich mich regelmäßig, wenn ich hier in den Zug steige, wie am Montag Früh, oder auch im Austausch mit Bahnverantwortlichen. Nun hat sich so mancher in den letzten Tagen über die noch nicht funktionierenden Aufzüge aufgeregt. Ja warum funktionieren die denn noch nicht? Das liegt eigentlich auf der Hand und ist ganz einfach: Weil ja noch gebaut wird. Andersrum fragt ja auch kein Häuslebauer danach wo die Ziegel bleiben, wenn noch nicht einmal die Bodenplatte gelegt ist, oder?

Derweil erinnere ich mich gut: Damit der Ausbau im April 2024 endlich gestartet wurde, galt es häufig vorzusprechen und den Kontakt zu suchen, wie gut ein Jahr vor Baubeginn als DB-Infrastrukturchef Berthold Huber auf meine Einladung mit mir in der Region unterwegs war - u.a. auch am Bahnhof Gemünden (mit im Bild v.l. Bauamtsleiter Jörg Breitenbach und 2. Bürgermeister, Werner Herrbach). Ein paar Wochen später, lieferte Huber, wie zugesagt, einen aktuellen Bauzeitenplan - und im April 2024 gings dann tatsächlich los.



Büro Rützel

Und heute freue ich mich über den guten Fortschritt bei der gut 36 Mio. Euro teuren Ertüchtigung — und

natürlich freue ich mich, wenn das geplante Ende der Bauarbeiten Ende 2026 tatsächlich eingehalten werden kann — dann mit funktionierenden Aufzügen.

SCHWIMMBAD BURGSIEN

Endlich kann die Sanierung des Burgsinner Freibades starten. 2018 hatte ich mich gemeinsam mit dem damaligen SPD-Kreisvorsitzenden Sven Gottschalk bei einer Ortsbesichtigung über die notwendige Sanierung bei Bademeister Ralf Knüttel und Bürgermeister Robert Herold informiert — und mein Engagement um Fördermittel angeboten. Jetzt kann's also losgehen: 4,5 Millionen Euro sind veranschlagt, 2 Millionen Euro gibt der Bund. Nach aktuellem Stand bleibt das Bad für die Sanierung in diesem Jahr 2026 geschlossen - und soll zur Badesaison 2027 dann wieder öffnen. Alle Infos gibt's ► **HIER** ◀ im ausführlichen Bericht der Main-Post und in meiner Pressemitteilung ► **HIER** ◀



Büro Rützel

TAGESAKTUELL INFORMIERT:



TOP ▲ ▼ FLOP DES MONATS

TOP: WIRTSCHAFTSWEISE

Die Wirtschaftsweise Monika Schnitzer, Vorsitzende des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, tritt Forderungen aus der Union entgegen, das Recht auf Teilzeitarbeit einzuschränken. Wachstum sei nicht eine Frage der Wochenarbeitszeit, sondern der Arbeitsproduktivität, stellt sie klar. „Die wirtschaftliche Lage ist nicht gut und nun sucht man einen Schuldigen (...). Erst waren es die Bürgergeld-Empfänger, jetzt sind es die Teilzeit-Kräfte. So kommen wir nicht weiter. Die Produktivität wächst, wenn die Arbeitskräfte mit immer besseren Maschinen und immer besserer KI arbeiten können“, sagte die Münchner Wirtschaftswissenschaftlerin. Hier werde viel zu wenig investiert.

FLOP: CDU-PARTEITAG

Ich habe in zahlreichen Interviews und Presse-Statements klare Worte gefunden gegen den Sozialabbau-Wahn auf dem CDU-Parteitag. 1. gibt der Koalitionsvertrag das alles nicht her und 2. ist die SPD das personifizierte Stoppschild gegen diese Politik. Mehr dazu auch auf Seite 5!



ICE HÄLT WIEDER

IN ASCHAFFENBURG

Wer es noch nicht mitbekommen hat: Der ICE 1022 hält seit 7. Februar früh-m-or-gens wieder am Hauptbahnhof Aschaffenburg. Das ist eine riesige Entlastung für alle Pendler. Und ich weiß wovon ich spreche, bin ich doch selbst jahrelang mit dem Früh-ICE nach Frankfurt gefahren. In knapp 30 Minuten sind Reisende von Aschaffenburg in der Mainmetropole und können somit vor 8 Uhr ankommen. Gemeinsam haben wir es geschafft, dass die ursprünglich geplante Streichung der Verbindung zurückgenommen und der Halt wie versprochen wieder aufgenommen wurde. Vom Aschaffener Oberbürgermeister, Stadtrat und Landrat über uns Abgeordnete aus Bund und Land bis zu den 5.000 Unterzeichnern einer online-Petition, initiiert von Sophie Peter und Manuel Michniok von der SPD Aschaffenburg, haben alle ihren Teil dazu beigetragen. Einfach klasse. Zusammen sind wir stark.

TAGESAKTUELL INFORMIERT:



GASTBEITRAG

Büro Martina Fehlner



**VON MDL
MARTINA FEHLNER**

Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der bayerische Tourismus hat im Jahr 2025 wieder ein starkes Ergebnis erzielt. 41 Millionen Gäste und knapp 103 Millionen Übernachtungen markieren erneut einen Rekord, auch wenn der Zuwachs moderat ausgefallen ist. Sicher ist: Das Land der schneebedeckten Alpengipfel und der glitzernden Seen, der lieblichen Weinberge und der lebendigen Kulturschätze bleibt unangefochtener Spitzenreiter unter den deutschen Reisezielen. Darauf darf unser Land mit all seinen touristischen Leistungsträgern zurecht stolz sein.

Ein Wermutstropfen ist allerdings, dass nicht alle bayerischen Regionen gleichermaßen vom Tourismus profitieren. Für Unterfranken und das Spessart-Mainland zeichnet die aktuelle Statistik ein durchwachsenes Bild. Am Bayerischen Untermain sind die touristischen Ankünfte und Übernachtungen sogar geringfügig gesunken. Ein Trend zeigt sich aber landesweit: Die Menschen reisen weiterhin gerne, oft sogar mehr als früher. Aber sie bleiben kürzer. Und sie geben im Urlaub weniger aus. Dass der Geldbeutel bei vielen Reisenden knapper sitzt, bestätigt auch eine Umfrage des Bayerischen Zentrums für Tourismus BZT. Danach sind die Kosten inzwischen für

knapp die Hälfte der Deutschen das entscheidende Kriterium bei der Frage, wohin die Reise geht.

Das veränderte Ausgabeverhalten stellt Hoteliers und Gastronomen, Einzelhändler und Betreiber von Freizeiteinrichtungen vor Herausforderungen. Denn wer im Tourismus erfolgreich sein will, der muss investieren, mit dem Trend gehen, sich immer wieder neu erfinden – und auch bei der Digitalisierung stets die Nase vorn haben. All das kostet Geld.

Umso wichtiger sind daher wirksame und passgenaue Förderprogramme des Freistaats, um vor allem auch kleinere Betriebe abseits der touristischen Hotspots zu unterstützen. Landesprogramme gehören regelmäßig auf den Prüfstand. Zu oft noch werden bereitgestellte Fördermittel nicht abgerufen – weil die Hürden für potenzielle Antragsteller zu hoch, der bürokratische Aufwand zu groß sind.

Auch Kommunen brauchen mehr finanzielle Spielräume, um ihrer freiwilligen Aufgabe Tourismus adäquat nachkommen zu können. Schließlich sind sie es, die für eine touristische Infrastruktur sorgen, Kultur- und Veranstaltungsangebote auf die Beine stellen.

Unsere wunderschöne Region am Bayerischen Untermain bietet die besten Voraussetzungen, um den Tourismus weiter auszubauen. Als Abgeordnete der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag setze ich mich auch weiterhin mit Nachdruck für eine gute, regional ausgewogene Tourismuspolitik in Bayern ein.

Herzlichst,

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuerou@martina-fehlner.de